

**STOP AIDS.**  
*Keep the Promise.*

## **Globale Krise und Deutschlands Beitrag zur Globalen Antwort**

**Vierte** zivilgesellschaftliche Bestandsaufnahme  
des deutschen Engagements für die Umsetzung  
der internationalen HIV/Aids-Ziele seit 2001

*Dies ist eine Kurzfassung:*

*Den ausführlichen Bericht finden Sie auf*

*[www.aids-kampagne.de](http://www.aids-kampagne.de)*



**Aktionsbündnis gegen AIDS**

**Leben ist ein Menschenrecht!**  
[www.aids-kampagne.de](http://www.aids-kampagne.de)

## Zusammenfassung und Überblick

Das Aktionsbündnis gegen AIDS tritt mit seinen mehr als einhundert Mitgliedsorganisationen und rund 280 Basisgruppen dafür ein, dass Deutschland seiner Verantwortung als wirtschaftlich privilegierter Industriestaat gerecht wird und einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung der globalen HIV-Epidemie leistet. Daher will es die Öffentlichkeit motivieren, die Bedrohung durch HIV/Aids ohne Vorurteile wahrzunehmen und sich der Notwendigkeit einer solidarischen Antwort bewusst zu werden. Es braucht den öffentlichen Druck, damit die politisch Verantwortlichen die richtigen Entscheidungen treffen und die erforderlichen Maßnahmen einleiten. Durch die Beteiligung der Weltöffentlichkeit und der internationalen Zivilgesellschaft ist es gelungen, in den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Erklärungen von 2001 und 2006 zentrale Handlungsprinzipien und konkrete Ziele für diese Bemühungen festzuhalten. Aber nur, wenn zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Bewegungen sich unablässig dafür einsetzen, besteht die Aussicht, dass diese Vereinbarungen auch tatsächlich umgesetzt werden. Nur dann kann es gelingen, die größtmögliche Zahl von Neuinfektionen zu vermeiden, den Betroffenen eine lebensbewahrende Behandlung zu ermöglichen sowie die gesellschaftlichen Ursachen und Folgen der HIV-Epidemie zu überwinden.

### Zielsetzung und zentrale Fragen

In den wirtschaftlich privilegierten Industriestaaten muss es darum gehen, die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft dazu zu bewegen, dass sie den benachteiligten Ländern und gefährdeten Bevölkerungsgruppen die notwendige Unterstützung zukommen lassen. Denn diese sind dringend auf die Solidarität der Bessergestellten dieser Welt angewiesen, um die erforderlichen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten für die Bewältigung der verheerenden HIV-Epidemie und die Überwindung der anderen drängenden Gesundheits- und Entwicklungsprobleme zu erhalten. Die Grundlage für diese politische Überzeugungsarbeit bildet die umfassende und präzise Information über den Stand der Dinge. Es stellen sich folgende Fragen: Worin bestehen die zentralen Aufgaben der internationalen Gemeinschaft? Wie hoch ist der Bedarf an Entwicklungshilfe insgesamt und wie hoch für bestimmte Förderbereiche, insbesondere die Bewältigung der HIV-Krise? Inwieweit werden die bisherigen Anstrengungen den Herausforderungen und den eingegangenen Verpflichtungen gerecht? Andererseits ist auch der Frage nachzugehen, welche Entscheidungen und Handlungen die Verwirklichung der international vereinbarten Ziele gefährden.

Der vorliegende Bericht will dazu beitragen, diese Fragen zu beantworten. Er konzentriert sich darauf, die Rolle Deutschlands innerhalb der globalen Bemühungen zur Bewältigung der HIV-Krise zu bewerten. Zu diesem Zweck

wurden die wesentlichen Dokumente und Äußerungen der politisch Verantwortlichen zu den zentralen Aspekten analysiert. Um die Finanzierungsbeiträge zu eruieren, wurden die Daten der relevanten Informationssysteme herangezogen und mit einer eigens entwickelten Methodik überprüft und ausgewertet.

### Zur Struktur des Berichts

Den Hauptthemen entsprechend ist der Bericht in zwei Teile untergliedert. Teil A beleuchtet das politische Regierungshandeln im Zusammenhang mit der weltweiten HIV-Bekämpfung. Teil B untersucht die Bereitstellung dringend benötigter Finanzmittel, um die HIV-Epidemie zurückzudrängen. Zur Einführung und besseren Einordnung der beiden analytischen Berichtsteile wird zu Beginn das globale Panorama kurz beleuchtet.

Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich bereits um den vierten Prüfbericht aus zivilgesellschaftlicher Sicht seit dem Jahr 2006, wobei 2010 in Zusammenarbeit mit den HIV/Aids-Netzwerken der Schweiz und Österreichs ausschließlich die Mobilisierung finanzieller Ressourcen analysiert wurde. Die vorliegende Publikation nimmt den gesamten Zeitraum in den Blick, der für die Verwirklichung der 2001 und 2006 vereinbarten Ziele vorgesehen ist. Dies entspricht der Intention des High Level Meetings der Vereinten Nationen im Juni 2011, das überprüfen soll, welche Fortschritte bis zum Ablauf der 2010 endenden Umsetzungsfrist erreicht wurden.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse und Schlussfolgerungen in stark verdichteter Form dargestellt. Diese Kurzfassung dient außerdem der Orientierung für die Lektüre der detaillierten Ausführungen zu den untersuchten Themen (s. den gesamten Bericht auf der Website des Aktionsbündnis gegen AIDS: [www.aids-kampagne.de](http://www.aids-kampagne.de)).

### Der Bericht des UN-Generalsekretärs: Handlungsvorschläge greifen zu kurz.

Der Bericht des UN-Generalsekretärs über die Umsetzung der beiden Erklärungen zu HIV/Aids fasst die wesentlichen Fortschritte und Defizite zusammen. Er verdeutlicht, dass die bisherigen Bemühungen wichtige Erfolge bewirken konnten, aber bei weitem nicht ausreichten, um die vereinbarten Ziele zu realisieren. Demnach müssen erheblich stärkere Anstrengungen unternommen werden, um die Diskriminierung zu überwinden, die gefährdeten Schlüsselgruppen zu unterstützen, die Behandlungsprogramme schneller auszuweiten, umfassendere Maßnahmen zur Prävention der Mutter-Kind-Übertragung durchzuführen

und die Aufklärungsangebote für junge Menschen zu verbessern. Der Bericht enthält einige richtungswisende Vorschläge für die künftige HIV-Bekämpfung, aber es müssen auch gravierende Unzulänglichkeiten konstatiert werden:

- ▶ Die Vorschläge zur Finanzierung der dringlichen Maßnahmen bleiben wenig konkret. Die geäußerte Perspektive, die Länder mittleren Einkommens könnten bei der HIV-Bewältigung weitgehend ohne externe Unterstützung auskommen, geht an den gesellschaftspolitischen und ökonomischen Realitäten vorbei. Zudem werden die bestehenden Verpflichtungen und angemessenen Beitragshöhen nicht benannt.
- ▶ Eine genauere Analyse der strukturellen Lebensverhältnisse, die eine erhöhte Gefährdung durch die Epidemie und die Verschärfung ihrer Auswirkungen bedingen, wird nicht geleistet.
- ▶ Zwar unterstützt der UN-Bericht die volle Nutzung der in den WTO-Abkommen enthaltenen Schutzklauseln zur Sicherung des Zugangs zu Medikamenten, ignoriert aber die Notwendigkeit zu überprüfen, ob die global durchgesetzten Patentregelungen einer Reform bedürfen.

### Die politische Rolle Deutschlands: Licht und Schatten

Der Berichtsteil zum politischen Engagement Deutschlands würdigt die vorhandenen positiven Ansätze. Er benennt aber auch schwerwiegende Kritikpunkte hinsichtlich der Beteiligung an der internationalen Antwort auf die Bedrohung durch HIV/Aids. Positiv ist vor allem, dass die Grundlagendokumente auf die Verwirklichung der Menschenrechte und der Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet sind und sich an den relevanten internationalen Vereinbarungen zum Thema orientieren. Die Beschreibung der Handlungsstrategien wird aber meist diffus, wenn es um den Umfang und den Zeithorizont der deutschen Beiträge geht. Unter den besonders problematischen Positionen und Entscheidungen, die sich seit dem Regierungswechsel 2009 häuften, sind die folgenden zu nennen:

- ▶ Durch die im Koalitionsvertrag festgelegte Richtlinie, dass bei entwicklungspolitischen Entscheidungen „die Interessen der deutschen Wirtschaft (...) zu berücksichtigen“ seien, werden die Grundbedürfnisse der benachteiligten Mehrheit der Weltbevölkerung hintangestellt. Weitere Positionen wie die Bevorzugung der bilateralen Kooperation, die Ausblendung der HIV-Problematik und die verwässerte Verpflichtung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe spiegeln

ebenfalls die Tendenz wider, Eigeninteressen den Vorrang zu geben.

- ▶ Bei ihrem Auftritt auf dem UN-Gipfel zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) im September 2010 neigten die Regierungsverantwortlichen dazu, die eigenen Fehlleistungen zu beschönigen, konkrete Zusagen zu vermeiden, die Verantwortung auf andere Akteure abzuschieben und Werbung für einseitige Wirtschaftsmodelle zu betreiben. Daher muss von einer vertanen Chance gesprochen werden.
- ▶ Ungeachtet des energischen und transparenten Vorgehens des Globalen Fonds gegen die Fehlverwendung seiner Mittel durch einige Empfängerinstitutionen agiert die derzeitige Leitung des BMZ mit unverantwortlicher Zurückhaltung der Beiträge und mit anmaßenden Drohgebärden, anstatt sich als verlässlicher Partner dieser unverzichtbaren Einrichtung für die globale Krankheitsbekämpfung zu erweisen.
- ▶ Die Entscheidung, die Umsetzung der von der International Aid Transparency Initiative (IATI) verabschiedeten Standards für mehr Transparenz in der Entwicklungshilfe hinauszuschieben, beeinträchtigt nicht nur die Koordinations- und Beteiligungsmöglichkeiten, sondern auch die Korruptionsbekämpfung. Das legt den Schluss nahe, dass die einseitige und überzogene Kritik gegenüber dem Globalen Fonds nicht zuletzt der Ablenkung von eigenen Schwächen dient.
- ▶ Die im Rahmen der G8-Gipfeltreffen mit deutscher Beteiligung vereinbarten Beitragsleistungen für die Gesundheitsförderung und HIV-Bewältigung bleiben allesamt weit unter einem angemessenen Niveau, wenn man die Wirtschaftskapazität dieser Staaten und den dringlichen Kooperationsbedarf in Betracht zieht.
- ▶ Die vorliegenden Informationen und die wenigen öffentlichen Äußerungen lassen darauf schließen, dass die Bundesregierung die Bestrebungen der EU mitträgt, in den aktuell und zukünftig verhandelten Freihandelsabkommen noch wesentlich rigidere Monopolrechte für Originalhersteller von Pharmazieprodukten durchzusetzen, als sie im WTO-Abkommen festgelegt sind. Diese zusätzlichen Bestimmungen würden es erheblich erschweren, die in den WTO-Regelungen enthaltenen Schutzklauseln zu nutzen, um den Zugang zu erschwinglichen Medikamenten zu sichern.
- ▶ Angesichts der globalen Bedrohungen für die menschliche Entwicklung und der infolge einer ver-

fehlten Steuerpolitik und der Finanzkrise verschärften Staatsverschuldung, aber auch in Anbetracht der Notwendigkeit, ein gerechteres und krisenfesteres Handels- und Finanzsystem zu entwickeln, muss von der Bundesregierung erwartet werden, dass sie konsequenter für die möglichst flächendeckende Einführung einer Finanztransaktionssteuer und anderer Finanzierungsinstrumente mit entsprechender Einkommens- und Lenkungswirkung eintritt, anstatt die Spendenbereitschaft der Bevölkerung für die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe nutzen zu wollen.

### Finanzielle Beteiligung bleibt immer weiter unter einer angemessenen Höhe

Im zweiten Teil des Berichts wird zunächst ein bedarfsgerechtes und plausibles Finanzierungs-Szenario entwickelt, das den Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, für die Gesundheitsförderung und schließlich für die spezifischen Maßnahmen zur HIV-Bewältigung für den Zeitraum 2010 bis 2015 beziffert. Auch unter der Voraussetzung, dass selbst die ärmsten Länder deutlich steigende Eigenanstrengungen verzeichnen, muss die internationale Kooperation weiterhin einen großen Teil des Finanzierungsbedarfs decken. In Anbetracht der verheerenden Auswirkungen der HIV-Epidemie und der dringlichen Solidarität mit ausgegrenzten Schlüsselgruppen ist davon auszugehen, dass der Geberanteil auf diesem Gebiet zunächst höher ausfällt und sich bis 2015 nivelliert. Die vorgeschlagenen Finanzierungsbeiträge der Geberländer orientieren sich an der Wirtschaftskraft gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE) und der besonderen entwicklungspolitischen Verantwortung Europas. Dabei zeigt sich, dass die Verwirklichung der bereits im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union eingegangenen Verpflichtungen zur Steigerung der ODA-Leistungen vollständig ausreichen würde, um die anvisierten Beitragsniveaus zu erreichen. Berechnet nach dem Wechselkurs des ersten Quartals 2011 müsste Deutschland im Jahr 2015 insgesamt 17,9 Mrd. Euro aufbringen, wovon 3,6 Mrd. Euro für die Gesundheitsförderung und davon wiederum 1,5 Mrd. Euro für die HIV-Bekämpfung eingesetzt werden sollten.

Im Hinblick auf die Bedarfsgrößen für 2010 ist zu konstatieren, dass die jüngst verzeichneten ODA-Leistungen der wirtschaftlich privilegierten Staaten weit unter der notwendigen Höhe blieben. Die Finanzierungslücke war im Gesundheitsbereich noch deutlich größer als bei der Entwicklungshilfe insgesamt und entgegen allgemeiner Vorurteile klappte bei der finanziellen Unterstützung der HIV-Bekämpfung eine überproportionale Kluft zwischen dringlichem Bedarf und realem Aufkommen.

Trotz der Aufstockungen, die vor allem in den Jahren 2006 bis 2008 stattfanden, blieben die ODA-Beiträge

Deutschlands deutlich unter den durchschnittlichen Anstrengungen der Geberstaaten. Infolge der unerklärlichen Geringschätzung des Gesundheitsbereichs in der bilateralen Zusammenarbeit sowie infolge der ungenügenden Unterstützung der gesundheitsrelevanten UN-Organisationen fällt hier die Deckungslücke besonders hoch aus. Bedingt durch niedrige Neuzusagen und zurückgehende HIV-Anteile bei wichtigen multilateralen Institutionen stagniert die finanzielle Beteiligung an der globalen Antwort auf die HIV-Krise fatalerweise auf sehr niedrigem Niveau.

### Im Einzelnen sind folgende Defizite festzustellen:

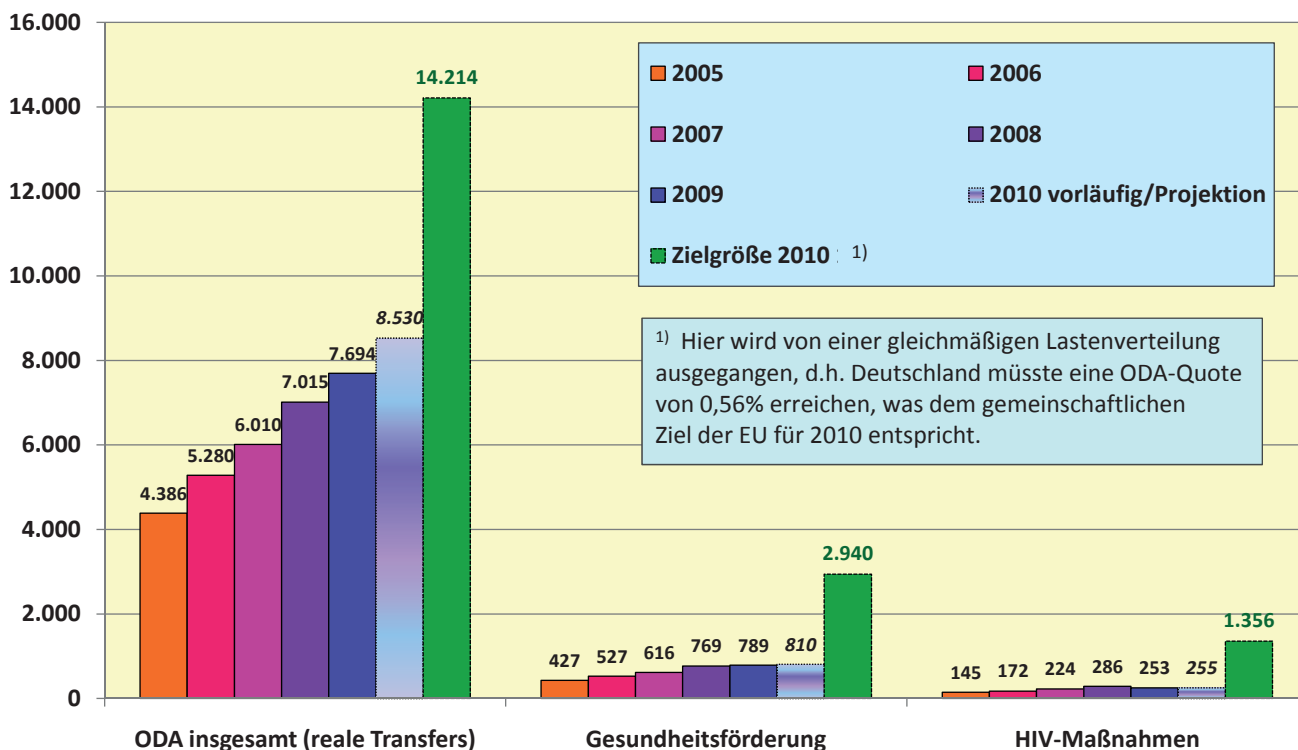
- ▶ Die realen ODA-Transferleistungen beliefen sich nach vorläufigen OECD-Daten im Jahr 2010 auf rund 8,5 Mrd. Euro, was lediglich 60 % des gemeinschaftlichen Ziels der EU und knapp zwei Drittel der EU-Mindestquote entspricht.
- ▶ Im gleichen Jahr dürften die ODA-Auszahlungen für die Gesundheitsförderung nach der Projektion auf der Basis einer eingehenden Analyse der für die Vorjahre verfügbaren Daten bei 810 Mio. Euro gelegen haben, das sind nicht mehr als 27,5 % der Zielgröße, die in unserer Bedarfsrechnung ermittelt wurde.
- ▶ Auf Grundlage einer ähnlichen Datenanalyse und der gegebenen Trends bei den Finanzierungszusagen lassen sich die ODA-Auszahlungen für HIV-Maßnahmen im Jahr 2010 auf ca. 255 Mio. Euro veranschlagen, was weniger als ein Fünftel des angemessenen Beitrags darstellt.

Darüber hinaus zeigen sich auch hochproblematische Tendenzen in Hinblick auf die Vergabekonditionen und die regionale Verteilung der ODA-Leistungen. Diesbezüglich sind zwei besonders kritikwürdige Tendenzen zu nennen:

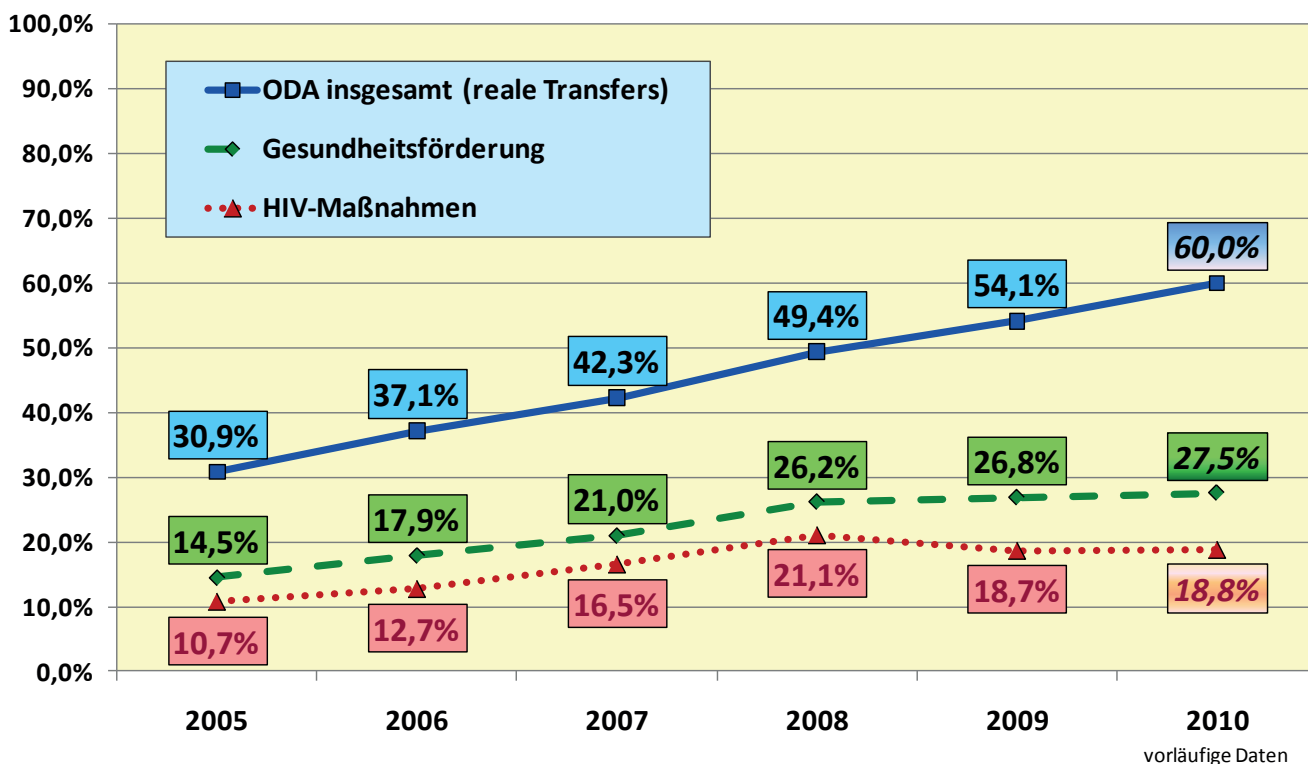
- Der bereits vorher hohe Anteil von auf Kreditbasis gewährter Mittel an realen ODA-Leistungen stieg zwischen 2009 und 2010 drastisch an, und lag zuletzt mit über 22 % weit über dem Durchschnitt der Geberstaaten von rund 8 %.
- Die sich daraus zwangsläufig ergebende Vernachlässigung der ärmsten Länder zeigt sich darin, dass die ODA-Beiträge für Afrika südlich der Sahara 2010 auf dem Vorjahresniveau stagnierten und deren Anteil an der bilateralen Netto-ODA auf unter 20 % fiel.

Die dürftigen Aufstockungen des BMZ-Haushalts, die für 2011 und 2012 vorgesehen sind, belaufen sich insgesamt nur auf 0,01 % des BNE. Sie werden nicht dazu beitragen, die enorme Lücke zwischen den eingegangenen Verpflichtungen und den realen ODA-Leistungen zu verringern. Damit befinden sich die realen politischen Entscheidungen in einem immer größeren Widerspruch zu den eingegangenen Verpflichtungen und der internationalen Verantwortung Deutschlands.

### Entwicklung der realen ODA-Mittel Deutschlands für die relevanten Förderbereiche im Verhältnis zum angemessenen Beitragsniveau (in Mio. Euro)



### ODA-Auszahlungen Deutschlands für die analysierten Förderbereiche als v. H. der angemessenen Beitragshöhe für das Jahr 2010



## Dringlicher Korrekturbedarf

Die entwicklungspolitischen Entscheidungen und Handlungsansätze müssen sich ohne Wenn und Aber an den Grundbedürfnissen derjenigen Menschen und Gemeinschaften orientieren, die am stärksten benachteiligt sowie von HIV/Aids und anderen lebensbedrohlichen Krankheiten betroffen sind. Dies sollte als Gebot der menschlichen Solidarität, als selbstverständliche Verantwortung angesichts der Geschichte kolonialer Ausbeutung und als unabdingbare Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft aller Menschen begriffen werden. Dieser fundamentalen Zielsetzung sollten sich die anderen Felder der Außenpolitik, insbesondere die Außenwirtschaftspolitik unterordnen, anstatt dieses umgekehrt zu fordern.

Nicht zuletzt durch den Dialog mit der Zivilgesellschaft wurden in den letzten Jahren Handlungsstrategien für die HIV-Bewältigung und damit eng verbundene Aktionsfelder formuliert, zu deren Prämissen die Verwirklichung der Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter gehören. Darauf aufbauend wird es notwendig sein, wichtige Elemente weiterzuentwickeln. Das betrifft insbesondere die Zusammenarbeit mit vulnerablen Schlüsselgruppen und die Beseitigung spezifischer, durch soziale Benachteiligung verursachter Gefährdungssituationen. Es betrifft aber auch die Stärkung staatlicher Handlungsspielräume für eine Politik des Zugangs zu Medikamenten und die öffentliche Förderung der Erforschung von Medizinprodukten für die Prävention, Diagnose und Behandlung der weltweit gravierendsten Krankheiten.

Die Bundesregierung sollte von dem Vorhaben Abstand nehmen, den Anteil der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf eine willkürlich gesetzte Quote zu begrenzen. Stattdessen ist es im Sinne einer besser koordinierten und damit wirksameren Entwicklungspartnerschaft notwendig, den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, gesundheitsrelevante UN-Organisationen und andere multilaterale Institutionen stärker zu unterstützen. Das muss bedeuten, engagiert bei der konzeptionellen Entwicklung mitzuwirken und sich zugleich an der Finanzierung auf einem fairen Niveau zu beteiligen. Die Konsolidierung und Weiterentwicklung des Globalen Fonds als Finanzierungsinstrument, der sich durch eine breite Beteiligung, transparente Vergabeverfahren und einen bedarfsorientierten Mitteleinsatz auszeichnet, sollte als zentrale Aufgabe der internationalen Gemeinschaft begriffen werden. Dabei sollte sich Deutschland als verlässlicher Partner zeigen, anstatt nach Vorwänden für einen Rückzug zu suchen.

Deutschland ist aufgefordert, die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um die international vereinbarten Standards für die Transparenz der Entwicklungshilfe umzusetzen. Ohne inhaltliche Merkmale und finanzielle Ressourcenflüsse der Entwicklungsvorhaben für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sind weder Beteiligung und Kontrolle durch die Zielgruppen möglich,

noch kann eine effektive Planung und Koordination unter den verantwortlichen Institutionen erreicht werden. Die Transparenz der Mittelvergabe bildet auch eine unabdingbare Voraussetzung für eine frühzeitige Aufdeckung von Korruptionsfällen.

Die Bundesregierung sollte innerhalb der zuständigen Gremien der EU dafür eintreten, dass die derzeit oder in Zukunft mit Entwicklungsländern verhandelten Freihandelsabkommen keine Bestimmungen enthalten, die den Zugang zu Medikamenten gefährden. Insbesondere sollte sich Deutschland eindeutig dagegen aussprechen, dass zusätzliche Monopolrechte für Pharmaunternehmen durchgedrückt werden, die eine Anwendung der Schutzklauseln des TRIPS-Abkommens erschweren würden.

Um die vor vier Jahrzehnten proklamierte Verpflichtung der Industriestaaten zur Entwicklungsfinanzierung zu erfüllen und damit eine zentrale Voraussetzung für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu schaffen, muss ein verbindlicher Plan zur Erreichung der ODA-Quote von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens beschlossen werden. Dieser sollte jährliche Zielgrößen festlegen, die dem notwendigen Wachstumspfad entsprechen. Er sollte sich an der von der EU vorgeschlagenen Mindestquote von 0,57 % des BNE im Jahr 2012 orientieren, um die bisherigen Versäumnisse möglichst schnell wettzumachen. Die jährliche und mittelfristige Haushaltsplanung muss diese Zielgrößen widerspiegeln, ohne dass auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Mittel eingesetzt werden müssen, um die Vorgaben zu erreichen.

Im Rahmen der notwendigen Steigerung der Gesamtmittel muss der Gesundheitsförderung und der HIV-Bewältigung eine deutlich höhere Bedeutung beigemessen werden, als dies bisher der Fall war. Um sich angemessen an den Bemühungen zu beteiligen, auch für die Menschen in den Entwicklungsländern das Grundrecht auf die Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustands zu verwirklichen, müsste Deutschland bis spätestens 2015 einen jährlichen Finanzierungsbeitrag von fünf Mrd. US\$ oder nach dem derzeitigen Kurs 3,6 Mrd. Euro für die Bekämpfung lebensbedrohlicher Krankheiten und die Stärkung der Gesundheitssysteme aufbringen. Für Maßnahmen der HIV-Prävention, Behandlung, Betreuung und Unterstützung wären bis zur Mitte des Jahrzehnts jährliche ODA-Leistungen von mindestens zwei Mrd. US\$ oder 1,5 Mrd. Euro zu erreichen, wenn die Verwirklichung des allgemeinen Zugangs zu diesen Schlüsselmaßnahmen in fairer Weise unterstützt werden soll.

## Inhalt des ausführlichen Berichts \*

<b>Zusammenfassung und Überblick</b>	4
<i>Marco Alves, Birte Rodenberg, Joachim Rüppel</i>	
<b>Der internationale Bezugsrahmen: Verpflichtungserklärungen und Fortschrittsberichte der Vereinten Nationen</b>	9
<i>Marco Alves, Joachim Rüppel</i>	
<b>Teil A: Das politische Engagement Deutschlands für die Umsetzung der internationalen HIV/Aids-Verpflichtungen bis 2010</b>	12
<i>Marco Alves, Joachim Rüppel</i>	
A 1. Der Koalitionsvertrag 2009 – Muster für eine fragwürdige Neuausrichtung der EZ	12
A 2. Die Millenniums-Entwicklungsziele und der UN-Gipfel 2010	13
A 3. Grundlagendokumente zu Handlungsprinzipien und Umsetzungsstrategien	13
A 4. Die Strukturreform der Durchführungsorganisationen: Die Gründung der GIZ	16
A 5. Der Globale Fonds: verkanntes Potential eines Finanzierungsinstruments	17
A 6. Internationale Initiativen zur Verbesserung der Wirksamkeit der EZ	20
A 7. Die G8-Gipfel: Unzureichende und verfehlte Zusagen	20
A 8. Brain-drain und der WHO Global Code of Practice	22
A 9. Gesundheitsforschung, Medikamentenzugang und das TRIPS-Abkommen	23
A 10. Innovative Finanzierungsinstrumente	25
<b>Teil B: Deutschlands Finanzierungsbeiträge für die Verwirklichung der internationalen Verpflichtungen zu HIV/Aids</b>	26
<i>Joachim Rüppel</i>	
B 1. Die finanzielle Unterstützung für die weltweite Bekämpfung von Armut und Krankheit: Ein Überblick über den dringlichen Bedarf und die bestehenden Verpflichtungen	26
B 2. Die gesamten ODA-Leistungen Deutschlands	30
B 3. Deutschlands ODA für Gesundheitsförderung	35
B 4. Deutschlands ODA für die Bewältigung der HIV-Epidemie	38

\* Den ausführlichen Bericht finden Sie im pdf-Format auf [www.aids-kampagne.de](http://www.aids-kampagne.de)

## Autoren

### Marco Alves

Marco Alves ist seit 2009 Diplom Ökonom und vielfältig tätig im Bereich Globale Gesundheit. Sein inhaltlicher Schwerpunkt liegt in den Auswirkungen von Patenten und entsprechenden Mechanismen zur Verbesserung von Forschung für und Zugang zu Gesundheitsprodukten in Entwicklungsländern. Seit 2010 ist er Vorstand des Netzwerks Freies Wissen.

### Joachim Rüppel

Joachim Rüppel studierte Soziologie, Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Pädagogik und war für mehrere Jahre in der Forschung und Beratung im Bereich ländlicher Entwicklung in Zentralamerika tätig, seit 1993 arbeitet er am Missionsärztlichen Institut in Würzburg, seine Arbeitsschwerpunkte sind partizipative Sozialforschung und Bildungsarbeit, konzeptionelle Projektbegleitung, Sozialstrukturanalyse, globale politische Ökonomie, Entwicklungs- und Gesundheitsfinanzierung; Einsätze in Lateinamerika, Karibik und südliches Afrika. Verschiedene Veröffentlichungen zu gesellschaftlichen Ursachen und Auswirkungen von HIV.

## Impressum

**Herausgeber:** Aktionsbündnis gegen AIDS  
Rechtsträger Difäm  
Paul-Lechler-Straße 24, 72076 Tübingen  
Tel.: 07071 / 206 - 504, Fax 07071 / 206 - 510  
E-Mail: [info@aidis-kampagne.de](mailto:info@aidis-kampagne.de)  
[www.aidis-kampagne.de](http://www.aidis-kampagne.de)

**Redaktion:** Birte Rodenberg, Astrid Berner-Rodoreda, Philipp Frisch, Sylvia Urban,  
Tanja Abubakar-Funkenberg, Sarah May, Beate Ramme-Fülle

**Satz & Layout:** Steffen Grashoff, [steffengrashoff@web.de](mailto:steffengrashoff@web.de)

**Druck:** Ralph Jacobsen, [printmedien,printmedien@t-online.de](mailto:printmedien,printmedien@t-online.de)

1. Auflage, Mai 2011

## „Leben ist ein Menschenrecht!“

Im Aktionsbündnis gegen AIDS haben sich zurzeit über 100 Nichtregierungsorganisationen der Aids- und Entwicklungszusammenarbeit sowie mehr als 280 lokal engagierte Gruppen zusammengeschlossen.

Zu den zentralen Anliegen gehören die angemessene Beteiligung Deutschlands an der Finanzierung der globalen Antwort auf die HIV-Epidemie und die Verwirklichung des allgemeinen Zugangs zu umfassenden Präventionsprogrammen sowie wirksamer Therapie, Betreuung und Unterstützung als unverzichtbarer Bestandteil des Grundrechts aller Menschen auf die Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes.



**Aktionsbündnis gegen AIDS**

Leben ist ein Menschenrecht!  
[www.aidis-kampagne.de](http://www.aidis-kampagne.de)

Das Erscheinen des Berichts  
wird finanziell unterstützt von



**Zentrum Ökumene**  
der Evangelischen Kirche  
in Hessen und Nassau